



# Europa Info

1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018



## Inhaltsverzeichnis

<b>Kommunale Belange und regionale Entwicklung .....</b>	<b>1</b>
Förderaufruf: Aktueller Stand zum Antragsverfahren für das Förderprogramm Wifi4EU .....	1
Förderaufruf: EfBB Programmleitfaden und Antragsformulare veröffentlicht .....	1
Metropolregion FrankfurtRheinMain tritt der Allianz für Kohäsionspolitik bei .....	2
Vergaberecht: Neue EU-Schwellenwerte für öffentliche Aufträge .....	3
<b>Energie, Klima und Umwelt .....</b>	<b>3</b>
Rat: Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden beschlossen .....	3
<b>Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen.....</b>	<b>4</b>
Ankündigung Aufruf Interreg Europe und Informationsseminar in Brüssel .....	4
<b>Aktuelles aus der EU.....</b>	<b>5</b>
Diskussion über den EU-Haushalt ab 2021 .....	5
Kommission: Konsultationen zu zukünftigen Förderprogrammen ab 2021 .....	6
<b>Folgen Sie uns auf Twitter .....</b>	<b>7</b>



# Europa Info

Seite 1 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018



## Kommunale Belange und regionale Entwicklung

### Förderaufruf: Aktueller Stand zum Antragsverfahren für das Förderprogramm Wifi4EU

Bis zum Redaktionsschluss des Europa Info war das Internetportal zum Förderprogramm Wifi4EU (wir berichteten im [Europa Info Nr. 10/2017](#)) noch nicht von der Kommission geöffnet.

Sobald das Internetportal freigeschaltet ist, werden wir Sie darüber informieren. Darüber hinaus können sich Interessierte auf der englischsprachigen Unterseite der Europäischen Kommission zum Förderprogramm Wifi4EU einschreiben, um informiert zu werden, sobald weitere Modalitäten öffentlich verfügbar sind: [Wifi4EU](#) (auf Englisch).

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: [Wifi4EU](#) (auf Deutsch).

### Förderaufruf: EfBB Programmleitfaden und Antragsformulare veröffentlicht

Zu Jahresbeginn hat die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) auf ihrer Internetseite den Programmleitfaden 2018 für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) veröffentlicht.

Der Programmleitfaden erläutert die Programmziele sowie die förderfähigen Aktivitäten und dient damit allen Antragstellern als Leitfaden für die Konzeption von Projekten.

Der Leitfaden ist auf Deutsch verfügbar und kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: [Programmleitfaden 2018](#).

Die nächste Einreichfrist für Anträge im Rahmen von „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ endet am 1. März 2018, 12.00 MEZ. Hierfür stehen bereits die Antragsformulare auf der E-Form-Seite der EACEA bereit. Zu den geöffneten Aufrufen der verschiedenen Förderbereiche gelangen Sie über folgenden Link: [EfBB – Aktuelles](#)

Zum Download der Antragsformulare wird ein PIC (Participant Identification Code) benötigt, der auch für die Antragstellung erforderlich ist. Dieser kann bei Bedarf unter folgendem Link eingerichtet werden: [Participant Portal](#).

Mit der Veröffentlichung der Formulare wurde auch der Server für die Antragstellung geöffnet. Anträge können damit ab sofort eingereicht werden.



# Europa Info

Seite 2 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

Wie eine statistische Auswertung der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. ergeben hat, kann eine Antragstellung derzeit besonders lohnenswert sein. Europaweit und auch in Deutschland ging im vergangenen Jahr die Anzahl der eingereichten Anträge in allen Förderleitlinien des Programms zurück. Da sich aber gleichzeitig die veranschlagten Jahresbudgets kaum ändern, waren die Förderquoten 2017 sehr hoch – vor allem in Deutschland.

Die Statistik ist auf der Seite der Kontaktstelle abrufbar: [Auswahlstatistiken](#)

Weitere Informationen zum Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger erhalten Sie auf der Seite der [Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“](#) bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. sowie auf der Seite der [Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur](#) (beide auf Deutsch).

## Metropolregion FrankfurtRheinMain tritt der Allianz für Kohäsionspolitik bei

Die Metropolregion FrankfurtRheinMain ist der Allianz für Kohäsionspolitik beigetreten.

Im Oktober 2017 hat der Ausschuss der Regionen die „Allianz für die Kohäsionspolitik“ ins Leben gerufen. Hierzu wurde in Zusammenarbeit der führenden europäischen Verbände von Städten und Regionen und dem Europäischen Ausschuss der Regionen eine Erklärung erarbeitet und unterzeichnet. Die Unterzeichner fordern, dass die Kohäsionspolitik weitergeführt und für alle Regionen in der Europäischen Union gestärkt werden muss.

Mit der Unterzeichnung einer Erklärung können auch Regionen und Städte der Allianz für die Kohäsionspolitik beitreten.

### Hintergrund:

Die Kohäsionspolitik befindet sich in der Umsetzungsphase für die Jahre 2014-2020. Aber bereits jetzt werden die politischen Diskussionen zum EU-Haushalt nach 2020 (Mehrjähriger Finanzrahmen) und zur Ausgestaltung der Regionalpolitik nach 2020 geführt.

Der angekündigte Brexit und das Ausscheiden eines Nettozahlerstaates können dazu führen, dass das EU-Budget kleiner wird. Darüber hinaus ist die Europäische Union mit neuen Herausforderungen aus dem Bereich Migration und Sicherheit konfrontiert. Von daher gibt es Forderungen, die Gelder der Regionalpolitik in andere Politikbereiche zu verschieben.



# Europa Info

Seite 3 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

Unter folgendem Link kann die Erklärung abgerufen werden: „[#CohesionAlliance für eine starke EU-Kohäsionspolitik nach 2020](#)“ (auf Deutsch)

Weitere Informationen zur Initiative finden Sie hier: [Ausschuss der Regionen](#) (auf Deutsch).

## Vergaberecht: Neue EU-Schwellenwerte für öffentliche Aufträge

Ab dem 1. Januar 2018 erhöhen sich die Schwellenwerte für öffentliche Auftragsvergaben. So werden die Schwellenwerte, ab wann öffentliche Aufträge EU-weit ausgeschrieben werden müssen, für Bauvorhaben von 5,225 Mio. Euro auf 5,548 Mio. Euro und für Liefer- und Dienstleistungsaufträge von 209.000 auf 221.000 Euro erhöht.

Die EU-Schwellenwerte werden von der Kommission alle zwei Jahre geprüft und durch eine Verordnung der Europäischen Kommission geändert. Dies geschieht z. B., um die Schwellenwerte der steigenden Inflation anzupassen. Gemäß § 288 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union hat die Verordnung allgemeine Geltung. Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat und somit auch für die Kommunen und öffentlichen Unternehmen. Mitgliedsstaaten können aber niedrigere (strengere) Schwellenwerte vorgeben. Im Falle von Deutschland werden die genannten Schwellenwerte übernommen. Die betreffende Verordnung (EU) 2015/2170 der Kommission vom 18. November 2015 finden Sie unter folgendem Link: [Schwellenwerte öffentliche Auftragsvergabe \(auf Deutsch\)](#).

## Energie, Klima und Umwelt

### Rat: Überarbeitung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden beschlossen

Am 19. Dezember 2017 haben sich Rat und das Europäische Parlament bei der Überarbeitung der Richtlinie ([2010/31/EU](#)) zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden geeinigt.

Ziele der Richtlinie sind u. a., die Energieeffizienz zu steigern und höhere Energieeinsparungen im Gebäudesektor zu erzielen. Bis 2050 soll der gesamte Gebäudebestand in der EU zwischen 85 und 95 % weniger Treibhausgase im Vergleich zum Basisjahr 1990 ausstoßen.

Die EU-Mitgliedstaaten werden durch die überarbeitete Richtlinie verpflichtet, langfristige Renovierungsstrategien für die Zieljahre 2030 und 2050 zu entwickeln. Neuerung der Richtlinie ist insbesondere die Förderung der Elektromobilität. Dies umfasst folgende Punkte:



# Europa Info

Seite 4 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

- Die Verlegung von Elektrokabeln bei neuen oder vollsanierten Wohngebäuden mit mehr als 10 Parkplätzen, um spätere Ladestationen für E-Fahrzeuge errichten zu können.
- Bei Nicht-Wohngebäuden, die neu gebaut oder umfangreich saniert werden, ist der Einbau von mindestens einem Ladepunkt und die Vorverkabelung für mindestens jeden fünften Stellplatz vorgesehen.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen die Einigung noch formal bestätigen. Damit ist in den nächsten Wochen zu rechnen. Danach wird sie im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt 20 Tage danach in Kraft. Die überarbeitete Richtlinie muss 18 Monate nach Veröffentlichung im Amtsblatt auf nationaler Ebene umgesetzt werden. In Deutschland geschieht dies durch die Energieeinsparverordnung (EnEV).

Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: [Einigung zur Überarbeitung der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden](#) (auf Deutsch).

## Weitere Aufrufe, Ausschreibungen und Veranstaltungen

### Ankündigung Aufruf Interreg Europe und Informationsseminar in Brüssel

Der Begleitausschuss des interregionalen Austauschprogramms Interreg Europe hat im Dezember 2017 beschlossen, dass es im ersten Halbjahr 2018 einen weiteren Projektauftrag geben wird.

Der Aufruf wird voraussichtlich von Mai 2018 bis Mitte Juni 2018 geöffnet sein. Folgende vier Förderprioritäten sind förderfähig.

1. Stärkung von Forschung, Technologie, Entwicklung und Innovation,
2. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU,
3. Unterstützung der Verlagerung zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in allen Bereichen,
4. Umweltschutz und Förderung der Ressourceneffizienz.

In der 12. Kalenderwoche (20. – 22. März 2018) findet in Brüssel ein Informationsseminar für Antragsteller statt, auf dem auch weitere detailliertere Informationen zum Aufruf bekannt gegeben werden. Das genaue Datum steht noch nicht fest und wird demnächst unter folgendem Link bekannt gegeben: [Informationsseminar Brüssel](#) (auf Englisch).

Eine Zusammenfassung zum Programm Interreg Europe finden Sie auf [unserer Webseite](#) (auf Deutsch).



# Europa Info

Seite 5 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

## Aktuelles aus der EU

### Diskussion über den EU-Haushalt ab 2021

Am 8. und 9. Januar 2018 veranstaltete die Europäische Kommission eine hochrangig besetzte Konferenz in Brüssel zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU ab 2021. Die Konferenz ermöglichte aufschlussreiche Einblicke zum aktuellen Stand der Diskussion über die zukünftige Finanzausstattung der EU.

Neben verschiedenen Vertretern der Europäischen Kommission, wie Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und dem für den EU-Haushalt zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger nahmen auch nationale Minister, wie der amtierende Außenminister Deutschlands, Sigmar Gabriel und Vertreter von anderen europäischen Institutionen sowie aus Forschung, Wirtschaft und Gesellschaft teil.

Die EU steht vor zwei grundlegenden Herausforderungen. Auf der einen Seite wird mit Großbritannien einer der größten Beitragszahler der EU aus der Gemeinschaft austreten. Dadurch werden nach Schätzungen der Kommission jährlich 12-14 Mrd. Euro im EU-Haushalt fehlen. Auf der anderen Seite hat die EU neue Herausforderungen im Bereich Migration, Sicherheit und Verteidigung zu bewältigen.

Haushaltskommissar Günther Oettinger plädierte auf der Konferenz dafür, die entstehende Einnahmelücke zur Hälfte durch Einsparungen und zur anderen Hälfte durch zusätzliches Geld für den EU-Haushalt auszugleichen. Ausgaben für neue Herausforderungen sollen nach Meinung Oettingers zu 20 % aus Umstrukturierungen und Einsparungen bei bestehenden Ausgabenposten und zu 80 % aus neuen nationalen Beiträgen finanziert werden.

Mögliche moderate Einsparungen werden laut Oettinger in den Bereichen Agrar- und Kohäsionspolitik erwartet. Diese beiden Bereiche sind zusammen für mehr als zwei Drittel des Haushalts verantwortlich. Möglicherweise könnten auch durch die Erhöhung der nationalen Kofinanzierungssätze mehr Mittel für die Programme generiert werden. Einer Kürzung bei den Programmen Erasmus+ und dem Forschungsprogramm Horizont 2020 erteilte Oettinger eine Absage.

Günther Oettinger regte einen EU-Haushalt an, der einem Volumen von mindestens 1,1 % des europäischen Bruttonationaleinkommens entspricht. Zudem brachte Oettinger die Steigerung der EU-Eigenmittel z.B. durch das Erheben einer europäischen Plastiksteuer ins Gespräch.

In Zukunft werde ein verstärktes Augenmerk auch auf den europäischen Mehrwert von Programmen und Projekten gelegt, so Oettinger.



# Europa Info

Seite 6 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

Die Europäische Kommission hat angekündigt, Ende Mai 2018 einen Entwurf für den MFR vorzulegen. Kommissar Oettinger rief insbesondere den Rat dazu auf, noch vor der Europawahl, die für Mai 2019 angesetzt ist, den MFR zu verabschieden.

Die Konferenz wurde als Video aufgezeichnet. Die Videoaufnahmen sind unter folgendem Link abrufbar: [Konferenz MFR erster Tag](#) (auf verschiedenen Sprachen verfügbar). [Konferenz MFR zweiter Tag](#) (auf verschiedenen Sprachen verfügbar). Die Rede von Kommissar Oettinger ist unter folgendem Link nachzulesen: Rede Günther Oettinger: [EU-Budget mit europäischem Mehrwert](#) (auf Deutsch).

## Kommission: Konsultationen zu zukünftigen Förderprogrammen ab 2021

In Vorbereitung für den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2021 (MFR, siehe auch Artikel zum MFR in dieser Ausgabe des Europa Info) hat die Europäische Kommission verschiedene Konsultationen zu insgesamt sechs Förderbereichen geöffnet.

Diese sind im Einzelnen

- [Kohäsionspolitik](#);
- [Strategische Infrastrukturen](#);
- [Investitionen, Forschung und Innovation, KMU sowie Binnenmarkt](#);
- [Werte und Mobilität](#);
- [Migration](#);
- [Sicherheit](#).

Die Fragebögen können über den unter den Spiegelstrichen hinterlegten Hyperlinks abgerufen werden.

Die Fragebögen haben den gleichen Aufbau und nennen zunächst zukünftige Herausforderungen in den einzelnen Bereichen. Die Kommission erfragt eine Einschätzung zur Wichtigkeit der Herausforderungen. Des Weiteren ist für die Kommission von Interesse zu erfahren, ob die Herausforderungen durch bestehende Programme erfolgreich angegangen werden und welche etwaigen Hindernisse im Wege stehen können. Zudem wird nach dem europäischen Mehrwert der verschiedenen europäischen Förderprogramme gefragt.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain wird sich an ausgewählten Konsultationen mit einem Beitrag beteiligen.



# Europa Info

Seite 7 – 1/2018 vom Mittwoch, 24. Januar 2018

## Folgen Sie uns auf Twitter

Mit mehr als 1.800 Tweets sind wir aktiv auf Twitter, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen und Akteuren in Brüssel zu vernetzen. Sie sind nicht auf Twitter? Dann finden Sie hier eine Auswahl unserer Nachrichten aus dem letzten Monat von unserem Twitter-Account. Einfach durchklicken und Neues entdecken!



### [FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt](#)

Neuer Aufruf zur Aufnahme in das Förderprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier geöffnet“ Mit dem „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“ stellen der Bund und #Hessen in #2018 wieder 17,9 Mio. Euro für quartiersbezogene Bauprojekte, die den sozialen Zusammenhalt und die Integration vor Ort unterstützen, zur Verfügung....